

Kommunisten angeblich bereit für neue Koalition

15.07.2008

Gestern wurde bekannt, auf welche Weise die Kommunisten wieder an die Macht gelangen wollen. Den Worten eines der Anführer der Kommunistischen Partei (KPU), Adam Martynjuk, nach, fehlt für die Bildung einer neuen Koalition aus der Partei der Regionen, der KPU, dem Block Litwin und einigen Abgeordneten der bestehenden Mehrheit nur die entsprechende Entscheidung des Verfassungsgerichtes. In der Koalition wird die Erklärung Martynjuks als Rechtfertigung für den Verzicht darauf, für den Rücktritt der Regierung Julia Timoschenko zu stimmen, gesehen.

Gestern wurde bekannt, auf welche Weise die Kommunisten wieder an die Macht gelangen wollen. Den Worten eines der Anführer der Kommunistischen Partei (KPU), Adam Martynjuk, nach, fehlt für die Bildung einer neuen Koalition aus der Partei der Regionen, der KPU, dem Block Litwin und einigen Abgeordneten der bestehenden Mehrheit nur die entsprechende Entscheidung des Verfassungsgerichtes. In der Koalition wird die Erklärung Martynjuks als Rechtfertigung für den Verzicht darauf, für den Rücktritt der Regierung Julia Timoschenko zu stimmen, gesehen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der KPU, Adam Martynjuk, informierte gestern auf einer Pressekonferenz darüber, dass die parlamentarischen Minderheitsfraktionen darauf zählen im September, wenn die dritte Sitzungsperiode der VI. Werchowna Rada eröffnet wird, eine neue Koalition zu bilden. "Möglich ist eine Koalition aus der Partei der Regionen, der KPU, dem Block Litwin und ebenfalls von Abgeordneten anderer Fraktionen auf der Grundlage einer individuellen Mitgliedschaft. In der nächsten Zeit wird das Verfassungsgericht eine Entscheidung in Bezug auf diese Möglichkeit treffen.", sagte Martynjuk.

Eine solche Vereinigung ist möglich, dabei einberechnend, dass der Mechanismus der Formierung einer parlamentarischen Koalition in der Verfassung undeutlich beschrieben ist. "In der Werchowna Rada formiert sich den Ergebnissen der Wahlen entsprechend und auf der Grundlage der Koordinierung politischer Positionen eine Koalition von Abgeordnetenfraktionen, in deren Bestand die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten des verfassungsgemäßen Bestandes der Werchowna Rada eingeht.", heißt es im Abschnitt 6 des Paragraphen 83 des Grundgesetzes. Andere Vorschriften, die Bedingungen der Formierung oder der Auflösung einer Koalition festlegend, gibt es hier nicht.

Am 6. Juni traten die Abgeordneten Igor Rybakow (Block Julia Timoschenko) und Jurij But ("Unsere Ukraine-Nationale Selbstverteidigung") aus der Koalition aus. Doch, ungeachtet dessen, dass der Koalition zur Mehrheit von 226 Abgeordneten eine Stimme fehlt, wurde keine neue Koalition gegründet. Der erste stellvertretende Justizminister, Jewgenij Kornijtschuk, erklärte damals, dass entsprechend der Verfassung die Koalition ihre Existenz nur in Verbindung mit dem Austritt einer ganzen Fraktion einstellt. Um in der erschwerten Situation Durchblick zu gewinnen, wandte sich die Opposition an das Verfassungsgericht. Dessen Entscheidung, übrigens, nicht vor September verkündet wird, soweit die Richter vom gestrigen Tage an in den Urlaub gingen.

Die Vertreter der Partei der Regionen sind sich sicher, dass nach der Annahme der Entscheidung des Verfassungsgerichtes die aktuelle Koalition aufhört zu existieren. Bis zu diesem Moment weigern sie sich die Bildung einer neuen parlamentarischen Mehrheit zu kommentieren. "Heute ist es inkorrekt von einer neuen Koalition zu reden, da zum Anfang die bestehende ihre Existenz einstellen muss.", erläuterte der Parlamentsabgeordnete Jurij Miroshnitschenko. Gleichzeitig erklärte Wladimir Litwin mehrfach, dass seine Fraktion die Teilnahme an Koalitionsverhandlungen unter der Bedingung der Vertretung seiner politischen Kraft an der Macht nicht ausschließt

Für die Bildung einer Koalition mit der Partei der Regionen, der KPU und des Blockes Litwin (222 Abgeordnete) ist eine Erklärung von wenigstens vier Abgeordneten von BJUT (Block Julia Timoschenko) oder "Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung" (UUNS) notwendig. Die nichterfolgreiche Abstimmung zum Gesetzesprojekt des Eintrages von Änderungen ins Staatsbudget, welche vergangenen Freitag stattfand, zeigte die Zersplitterung der

Koalition und gab die Grundlage dafür zu vermuten, dass unter den Abgeordneten, welche für den Rücktritt der Regierung stimmten und das Staatsbudget nicht unterstützten, die momentane Minderheit die fehlenden Stimmen finden kann. Doch keiner der 11 nicht abstimmenden Abgeordneten von UUNS, deren Mehrheit Abgeordnete der neuen Partei "Jedinij Zentr" (JZ) sind, entschloss sich bislang von der Absicht des Beitritts zur neuen Koalition zu reden. "Ich kommentiere per Telefon gar nichts.", sagte der Vorsitzende der Partei, der Abgeordnete Igor Kril, dem "**Kommersant-Ukraine**". "Ich bin im Ausland, in Wien, rufen Sie morgen an", bat den "**Kommersant-Ukraine**" das Mitglied des Präsidiums der JZ, der Abgeordnete Wassilij Petjowka.

Derweil glauben die Abgeordneten von UUNS nicht daran, dass ihre Kollegen, welche nicht für das Budget stimmten, auf die Seite der jetzigen Opposition wechseln. "Das Ziel der Erklärung Adam Martynjuks ist – die Weigerung der Kommunisten für den Rücktritt Julia Timoschenkos vor ihren Wählern zu rechtfertigen.", erklärte dem "**Kommersant-Ukraine**" der Abgeordnete Oles Donij.

Quelle: [Kommersant-Ukraine](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 672

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.